

OB Fenrich zum Edeka-Fleischwerk:

Stadt entscheidet auf gesicherter Grundlage

Planung und Gutachten Bürgern vorgestellt

Auf großes Interesse stieß die Informationsveranstaltung der Stadt Karlsruhe am Dienstagabend zum geplanten Edeka-Fleischwerk in Rheinstetten. Die Aula der Sophie-Scholl-Realschule war proppenvoll, als die Planungen und Gutachten vorgestellt wurden. Nach fast vierstündiger Erläuterung und Diskussion fasste OB Heinz Fenrich die Position der Stadt so zusammen: „Wir bringen uns ins Verfahren ein und werden alles prüfen. Es geht darum, ob das Vorhaben zulässig ist oder nicht. Wenn es zulässig ist, müssen wir die Vor- und Nachteile sorgfältig gegeneinander abwägen.“

Zunächst stellte der Sprecher von Edeka Südwest, Duschan Gert, das geplante Fleisch- und Wurstwerk vor. Es soll die drei in Baden-Württemberg bestehenden Werke in Heddesheim, Offenburg und Möglingen bei Aalen ersetzen und im Endausbau etwa 800 Arbeitsplätze bieten. Die Stadt Rheinstetten will dazu ein zirka 20 Hektar großes Areal zwischen dem neuen Segelfluggelände und dem Gewerbegebiet Neue Messe ausweisen. Das Land Baden-Württemberg ist bereit, dieses Gelände an Edeka Südwest zu verkaufen. Gert stellte klar, dass im neuen Betrieb nicht geschlachtet, sondern das angelieferte Fleisch nur zerlegt und weiter verarbeitet wird. Edeka Südwest sieht Rheinstetten wegen seiner Nähe zur Autobahn und zur B 36 als einen idealen Standort an. Ein weiterer Vorteil sei, so Gert, dass das Fleischwerk in allen Richtungen einen Kilometer von der bestehenden Wohnbebauung entfernt sein wird. Planer Michael Trautwein erläuterte die Dimensionen des beabsichtigten Werkes und Rheinstettens Baubürgermeister Clemens Hauk den Stand des Verfahrens. Danach hat der dortige Gemeinderat be-

reits am 15. Juli den Auslegungsbeschluss für den Vorhaben bezogenen Bebauungsplan gefasst. Vom 4. August bis 12. September werden die Pläne und die Gutachten im Rathaus Rheinstetten zur Einsicht ausliegen. Der Nachbarschaftsverband Karlsruhe hat in seiner Sitzung am Montag auf Antrag der Stadt Karlsruhe beschlossen, ein so genanntes Zielabweichungsverfahren beim Regierungspräsidium zu beantragen. Damit soll geklärt werden, ob das Vorhaben mit dem Regionalplan vereinbar ist, der diese bislang landwirtschaftlich genutzte Fläche noch als Erholungsgebiet ausweist.

Daniela Walter von Modus Consult und Axel Rühling vom Büro Lohmeyer erläuterten die Gutachten zur Verkehrsbelastung und zum Verkehrslärm sowie zur Geruchswahrnehmung und zum Klima. Sie kamen zum Schluss, dass die Grenzwerte in allen Bereichen eingehalten und keine gravierenden Belästigungen für die Bevölkerung zu befürchten seien. In der mitunter sehr emotionalen Diskussion zweifelten mehrere Bürgerinnen und Bürger aus Karlsruhe und Rheinstetten die Ergebnisse der Gutachten an. -rof-